

Antrag 24/I/2026

UBV HVL

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Bundesparteitag, Bundestagsfraktion (Kein Konsens)

Gesundheitsvorsorge stärken – Einführung einer bundesweiten Zuckerabgabe auf Getränke und stark zuckerhaltige Lebensmittel

- 1 Die SPD Brandenburg setzt sich
- 2 auf Bundesebene für die Ein-
- 3 führung einer bundesweiten, ge-
- 4 staffelten Zuckerabgabe auf stark
- 5 zuckerhaltige Getränke und in-
- 6 dustriell verarbeitete Lebensmit-
- 7 tel mit hohem Zusatzzuckerge-
- 8 halt und Zuckerersatzstoffen ein.
- 9 Die Abgabe soll sich am zugesetz-
- 10 ten Zucker und den Zuckersatz-
- 11 stoffen pro 100 g bzw. 100 ml ori-
- 12 entieren (Stufenmodell) und ins-
- 13 besondere erfassen:
- 14 • Softdrinks und Energy-
- 15 drinks,
- 16 • gesüßte Fruchtsaftgeträn-
- 17 ke,
- 18 • stark zuckerhaltige Früh-
- 19 stücksprodukte,
- 20 • Süßwaren mit hohem Zu-
- 21 satzzuckeranteil,
- 22 • industriell hergestellte Des-
- 23 serts und Fertigprodukte
- 24 mit überdurchschnittlichem
- 25 Zuckergehalt.
- 26 Ziel der Abgabe ist:

- die deutliche Reduktion des Zuckerkonsums,
- eine Reformulierung von Produkten durch Hersteller*innen,
- die Prävention von Adipositas, Diabetes Typ 2 und Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Die Einnahmen sollen zweckgebunden eingesetzt werden für:

- kostenfreie, gesunde Kita- und Schulverpflegung nach verbindlichen Qualitätsstandards,
- Präventionsprogramme für Kinder und Jugendliche,
- kommunale Bewegungs- und Sportförderung,
- Ernährungsbildung in Schulen,
- gezielte Entlastung einkommensschwacher Haushalte.

Der Bund wird aufgefordert, die Zuckerabgabe sozial auszugestalten, kleine Handwerksbetriebe nicht unverhältnismäßig zu belasten und natürliche, unverarbeitete Produkte von der Abgabe auszunehmen.

Begründung

Übermäßiger Zuckerkonsum ist

61 ein wesentlicher Risikofaktor für
62 zahlreiche chronische Erkrankun-
63 gen. Besonders problematisch ist
64 der hohe Anteil zugesetzten Zu-
65 ckers in industriell verarbeite-
66 ten Lebensmitteln, die häufig oh-
67 ne transparente Kennzeichnung
68 konsumiert werden.

69 Die gesellschaftlichen Folgekos-
70 ten sind erheblich:

- 71 • steigende Krankheitsraten,
- 72 • hohe Ausgaben im Gesund-
73 heitswesen,
- 74 • Belastungen für Familien
75 und Kommunen.

76 Freiwillige Selbstverpflichtungen
77 der Lebensmittelindustrie haben
78 bislang nicht zu einer ausreichen-
79 den Reduktion des Zuckergehalts
80 geführt. Internationale Erfahrun-
81 gen zeigen, dass fiskalische Anrei-
82 ze deutlich wirksamer sind – ins-
83 besondere wenn sie reformulie-
84 rungsorientiert gestaltet werden.

85 Eine Zuckerabgabe verfolgt drei
86 zentrale sozialdemokratische
87 Leitlinien:

88 **Prävention stärken statt Fol-**
89 **gekosten finanzieren.** Gesund-
90 heitspolitik beginnt vor der Er-
91 krankung.

92 **Hersteller*innen in Verantwor-**
93 **tung nehmen.** Wer besonders
94 stark zuckerhaltige Produkte ver-

95 treibt, soll einen Beitrag zu den
96 gesellschaftlichen Folgekosten
97 leisten.

98 **Soziale Gerechtigkeit sichern.**

99 Wenn Einnahmen gezielt in kos-
100 tenfreie gesunde Verpflegung,
101 Prävention und Bildungsangebo-
102 te investiert werden, profitieren
103 insbesondere Kinder aus ein-
104 kommensschwächeren Familien.
105 Wichtig ist eine klare Abgrenzung:
106 Besteuert werden soll zugesetz-
107 ter Zucker in stark verarbeite-
108 ten Produkten – nicht Obst, nicht
109 Milch, nicht handwerklich herge-
110 stellte Grundnahrungsmittel.

111 Es geht nicht um Verbote oder
112 Bevormundung.

113 Es geht um faire Marktanreize
114 und um die Entlastung unseres
115 solidarisch finanzierten Gesund-
116 heitssystems.

117 Gesundheit ist eine Frage sozialer
118 Teilhabe.

119 Wer früh ansetzt, stärkt lang-
120 fristig Bildungschancen, Arbeits-
121 fähigkeit und Lebensqualität.